

Gemeinsame Pressemeldung der fünf Organisationen des Kompetenznetzwerks Antisemitismus:

## Fehlender Haushaltsbeschluss 2024 gefährdet Arbeit des Kompetenznetzwerks Antisemitismus

Fehlender Haushaltsbeschluss für 2024 bedroht Fortführung der Arbeit des Kompetenznetzwerks Antisemitismus / Offener Brief an Bundesfamilienministerin Paus fordert Bereitstellung von Fördermitteln ab 1. Januar 2024 im Programm »Demokratie leben!«/ Bei den Netzwerkorganisationen drohen Entlassungen und Angebotsstopp

Berlin, Frankfurt a. M., 11.12.2023. Das Anne Frank Zentrum, die Bildungsstätte Anne Frank, der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS), das Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung (in Trägerschaft der ZWST) sowie die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) sehen ihre Arbeit gegen Antisemitismus durch den fehlenden Beschluss des Bundeshaushalts für 2024 bedroht. Alle fünf Organisationen werden seit 2020 im Rahmen des Kompetenznetzwerks Antisemitismus im Programm »Demokratie Leben« durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. In einem offenen Brief haben die fünf gemeinnützigen Vereine am Freitag, den 8. Dezember, die Bundesfamilienministerin Lisa Paus aufgefordert, ihre politischen Handlungsspielräume zu nutzen und eine Genehmigung zur Bewilligung der Fördermittel oder einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn für das Kompetenznetzwerk Antisemitismus ab 1. Januar 2024 zu veranlassen. Ohne die Bereitstellung der Fördermittel zum 1. Januar 2024 sind Entlassungen und somit ein Angebotsstopp im Bereich der Antisemitismusprävention und -bekämpfung sowie der politischen Bildung unvermeidbar. Dies sei, so schreiben die Netzwerkorganisationen in dem offenen Brief an Familienministerin Paus, vor dem Hintergrund der Zunahme von Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 politisch unverantwortlich und hätte fatale Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Netzwerkorganisationen betonen, dass Familienministerin Paus verhindern muss, dass demokratische zivilgesellschaftliche Strukturen, die im Rahmen von »Demokratie Leben!« gefördert werden, durch eine mangelnde Mittelfreigabe zerstört werden.

Die fünf Partner im Kompetenznetzwerk Antisemitismus verfügen über eine langjährige Expertise im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation

### Netzwerkpartner:

Anne Frank Zentrum e.V.

Bildungsstätte Anne Frank e.V.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS)

Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST e.V.)

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)

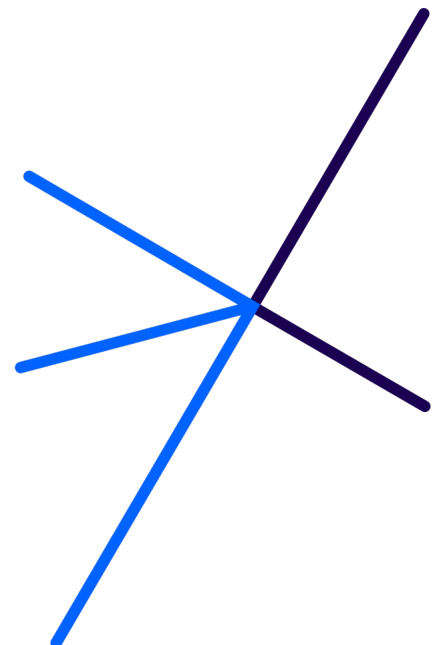
### Koordination:

Anne Frank Zentrum e.V.  
Rosenthaler Str. 39  
10178 Berlin

Tel. +49 (0)30 288 86 56-00  
Fax +49 (0)30 288 86 56-01

kompetenznetzwerk@annefrank.de  
www.kompetenznetzwerk-antisemitismus.de

Amtsgericht Charlottenburg  
Vereinsregister-Nr. 14667 B



und Analyse antisemitischer Vorfälle. Ziel des Netzwerks ist es, durch Zusammenarbeit und Wissenstransfer die Angebote im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle zu bündeln und weiterzuentwickeln.

Durch den nicht rechtzeitigen Beschluss des Bundeshaushalts 2024 und falls es nicht zu einer Freigabe der Fördermittel zum 1. Januar 2024 kommt, drohen auch bei zahlreichen weiteren im Programm »Demokratie leben!« und durch andere Bundesprogramme geförderten Bildungsträgern, finanzielle Lücken, Entlassungen und die Einstellung von Bildungsangeboten.

**Medienkontakt:**

Dina Blauhorn  
Anne Frank Zentrum  
Leitung Kommunikation  
presse@annefrank.de  
Tel.: (030) 288 86 56-41  
Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

